

Protokoll der Auszählung der Wahlen zu Vorsitz, Vorstand und Hälfte des Konzils 2021 der Deutschen Gesellschaft für Soziologie e.V. (DGS)

Die elektronische Abstimmung wurde vom 22. Januar 2021 bis 19. Februar 2021 von Marcel Jablonka, Kompetenzzentrum für Bildungs- und Hochschulforschung (KfBH), unter der Wahlleitung von Prof. Dr. Stefan Hirschauer (Universität Mainz) und mit Unterstützung von Dr. Sonja Schnitzler (DGS-Geschäftsstelle) durchgeführt.

Entsprechend der Anzahl der wahlberechtigten Mitglieder (Stand 21. Januar 2021) wurden 3.375 Wahlberechtigungen verschickt. 3.304 Mitglieder wurden per E-Mail angeschrieben, 71 postalisch. Rückläufe wurden nach Adressermittlung erneut versendet.

Die folgenden Abstimmungsergebnisse wurden festgestellt:

1. Allgemein

Fristgerecht eingegangene Stimmabgaben:

Wahlbeteiligung insgesamt:	1.885
	55,85 %
Wahl der/des Vorsitzenden	1.803
ungültige Nennungen und Stimmabgaben	4
Wahlbeteiligung	53,42 %
Wahl des Vorstands	1.849
ungültige Nennungen und Stimmabgaben	3
Wahlbeteiligung	54,78 %
Wahl der Hälfte des Konzils	1.846
ungültige Nennungen und Stimmabgaben	1
Wahlbeteiligung	54,69 %

2. Wahl der/des Vorsitzenden

Von den 1.803 Stimmabgaben entfielen folgende gültige Stimmen auf

Paula-Irene Villa Braslavsky	1.167 (64,87 %)
Dirk Baecker	591 (32,85 %)
2 Personen mit je 5 Stimmen	10
1 Person mit 4 Stimmen	4
1 Person mit 3 Stimmen	3
3 Personen mit 2 Stimmen	6
18 Personen mit je einer Stimme	18

Gewählt ist Paula-Irene Villa Braslavsky. Sie nimmt die Wahl an.

3. Wahl des Vorstandes

Von den 1.849 Stimmabgaben entfielen folgende gültige Stimmen auf

Paula-Irene Villa Braslavsky	1.003
Hubert Knoblauch	884
Heike Delitz	833
Jörg Strübing	802
Manuela Boatcă	764
Petra Böhnke	754
Dirk Baecker	751
Saša Bosančić	743
Sybille Frank	670
Maria Keil	607
Frank Kleemann	540
Andrea Hense	538
1 Person mit 5 Stimmen	5
10 Personen mit je 2 Stimmen	20
(davon 1 Person kein Mitglied)	
30 Personen mit je einer Stimme	30
(davon 4 Personen keine Mitglieder)	

Gewählt sind Paula-Irene Villa Braslavsky, Hubert Knoblauch, Heike Delitz, Jörg Strübing, Manuela Boatcă und Petra Böhnke. Da Paula-Irene Villa Braslavsky auch zur Vorsitzenden gewählt wurde und die Wahl annimmt, zieht Dirk Baecker ebenfalls in den Vorstand ein. Alle sechs Personen nehmen die Wahl an.

4. Wahl der Hälfte des Konzils

Von den 1.846 Stimmabgaben entfielen folgende gültige Stimmen auf

Stephan Lessenich	1.200	Victoria von Grodeck	466
Nicole Burzan	985	Julia Hahmann	451
Steffen Mau	947	Karin Kurz	439
Sina Farzin	877	Tobias Boll	438
Birgit Blättel-Mink	850	Angela Graf	405
Gabriele Rosenthal	765	Florian Hertel	405
Annette Treibel	757	Christiane Gross	396
Georg Vobruba	717	Joachim Renn	391
Henning Laux	623	Bernt Schnettler	389
Larissa Schindler	606	Lars Meier	375
Silke Steets	590	Henning Lohmann	329
Elisabeth Tuidler	565	Roland Verwiebe	328
Anne K. Krüger	547	1 Person mit 4 Stimmen	4
Ute Volkmann	534	1 Person mit 3 Stimmen	3
Peter Ullrich	515	1 Person mit 2 Stimmen	2
Kathrin Leuze	510	46 Personen mit je 1	46
Herbert Kalthoff	472	Stimme (davon 8 keine	
Natascha Nisic	471	Mitglieder)	

Gewählt sind Stephan Lessenich, Nicole Burzan, Steffen Mau, Sina Farzin, Birgit Blättel-Mink, Gabriele Rosenthal, Annette Treibel, Georg Vobruba, Henning Laux, Larissa Schindler, Silke Steets, Elisabeth Tuidler, Anne K. Krüger, Ute Volkmann und Peter Ullrich. Da Heike Delitz, Jörg Strübing und Petra Böhnke Mitglieder der 2019 für die Amtszeit von vier Jahren gewählten Hälfte des Konzils sind, in den Vorstand gewählt wurden und ihre Wahl annehmen, rücken Kathrin Leuze, Herbert Kalthoff und Natascha Nisic für ihre verbleibende Amtszeit von zwei Jahren ins Konzil nach. Alle 18 Personen nehmen die Wahl an.

Essen, den 26. Februar 2021

gez. Prof. Dr. Stefan Hirschauer

gez. Dr. Sonja Schnitzler

Digitaler DGS-Kongress 2020

Evaluation der Teilnehmenden-Umfrage zum 40. Kongress der DGS
»Gesellschaft unter Spannung«

Der 40. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie unter dem Titel »Gesellschaft unter Spannung« war ursprünglich als Präsenzkongress vom 14. bis 18. September 2020 an der TU Berlin geplant. Nachdem sich im Frühsommer 2020 abgezeichnet hatte, dass im Herbst keine Präsenzveranstaltungen dieser Größe – die letzten DGS-Kongresse hatten Teilnehmendenzahlen von über 2.000 verzeichnet – möglich sein würden, musste der Präsenzkongress notgedrungen abgesagt werden. Daraufhin entschied sich der Vorstand der DGS kurzfristig, einen digitalen Kongress auszurichten. Der erste rein digitale Soziologiekongress wurde zur Entzerrung der Veranstaltungsdichte auf zwei Wochen gestreckt und fand vom 14. bis zum 24. September 2020 über die Videokonferenzplattform »Zoom« statt.

Die Entscheidung zur Digitalisierung war zum damaligen Zeitpunkt ein Wagnis, da in der DGS noch keinerlei Erfahrungen mit digitalen Veranstaltungen dieser Größe vorlagen. Umso gespannter war der Vorstand vor allem auf die Ergebnisse der Teile der Evaluation, die der Digitalisierung galten und die hier knapp vorgestellt werden sollen.

Zum Kongress 2020 hatten sich 2.269 Personen angemeldet, darunter 1.009 Referierende für die 231 Veranstaltungen. Die größte Session umfasste 1.016 Personen, an der meistbesuchten Keynote nahmen 549 und an den Plenen im Schnitt 425 Personen teil. Der Schnitt aller Veranstaltungen lag wiederum bei 104 Teilnehmenden, und zwar ohne Keynotes und Eröffnungsveranstaltung, an der 811 Personen teilnahmen. Es beteiligten sich Personen aus mehr als 30 Ländern, darunter 607 aus Österreich, 263 aus der Schweiz, 100 aus den USA und 45 aus Japan.

Alle 2.269 Teilnehmenden erhielten eine Einladung zur Umfrage. 788 von ihnen, das heißt rund 35 Prozent, haben sich an der Umfrage zum Kongress beteiligt. (Bei der Evaluation des letzten regulären Kongresses im Jahr 2018 hatte die Ausschöpfungsquote bei 40 Prozent gelegen.) DGS-Mitglieder sind leicht überrepräsentiert, sie stellen bei den Anmeldungen 55 Prozent, bei den Teilnehmenden der Umfrage aber 66 Prozent. Knapp die Hälfte aller Befragten gibt an, aktiv, zumeist vortragend oder moderierend, am Kongress beteiligt gewesen zu sein. Überraschenderweise nahmen laut Befragung anteilig weniger Studierende am digitalen Kongress teil als am

Kongress 2018 (2020: 8,2 Prozent, 2018: 11,3 Prozent), dafür aber umso mehr Hochschullehrende (2020: 28,3 Prozent, 2018: 23,4 Prozent).

Trotz vereinzelter, teils vehementer Kritik in den ansonsten überwiegend zustimmend kommentierenden Freitexten zeigen sich auf die Frage »Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit der Entscheidung, den Kongress 2020 digital stattfinden zu lassen (statt ihn ausfallen zu lassen oder zu verschieben)?« 87,9 Prozent der Teilnehmenden *zufrieden* bis *sehr zufrieden*. Auch die mit der Digitalisierung verbundene Ausdehnung des Kongresses von fünf auf zehn Tage wird mehrheitlich positiv aufgenommen: Mehr als zwei Drittel bewerten diese Entscheidung als *gut* oder sogar *sehr gut*. Die durchschnittliche Verweildauer auf dem Kongress 2020 lag laut Umfrageergebnis bei vier bis fünf Tagen.

Abb. 1: Zufriedenheit mit der Digitalisierung des DGS Kongresses

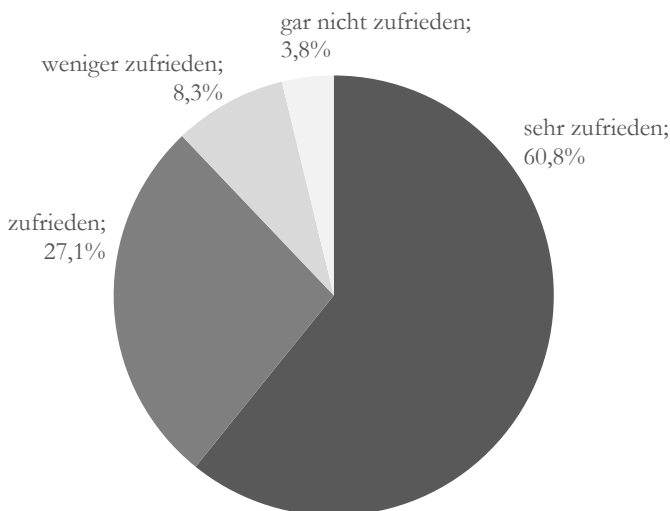
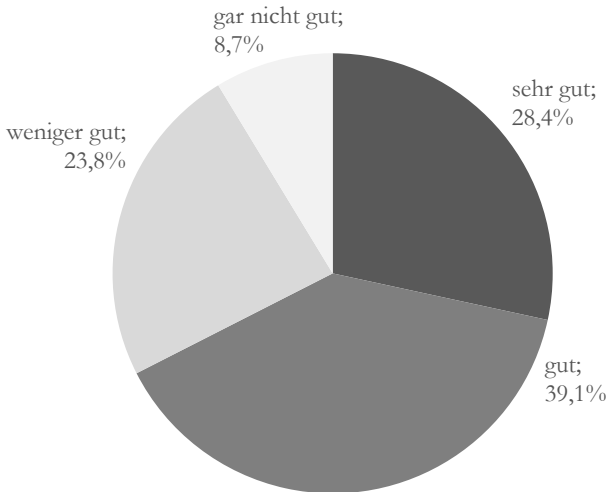


Abb. 2: Beurteilung der Ausdehnung des Kongressprogramms von fünf auf zehn Tage



Im Vergleich zum Präsenzkongress kam bei den Teilnehmenden vor allem gut an, zwischen den Veranstaltungen einfacher wechseln zu können. Auf die Frage »Welche Elemente des digitalen Kongresses fanden Sie im Vergleich zu analogen Veranstaltungen nützlicher?« waren außerdem *Flexibilität, Chatfunktion, Anreise, Kosten, Vereinbarkeit* und *Care-Verpflichtungen* mehrfach genannte Punkte in den offenen Kommentaren.

Was den mit Abstand meisten Befragten dagegen gefehlt hat, war der direkte Austausch mit den Kolleg:innen vor Ort. Das legen die auf die offene Frage »Was hat Ihnen beim digitalen DGS-Kongress 2020 gefehlt? Haben Sie Verbesserungsvorschläge?« häufig geantworteten Schlagwörter nahe: Neben *Austausch* sind dies *persönlich, informell, Diskussionen, Kontakte, Face to Face, Räume, Kaffeepausen, Flurgespräche, Socializen* und *Vernetzen*. Letzteres fiel auffallend oft in Verbindung mit *wissenschaftlichem Nachwuchs*. Auch die in einigen Veranstaltungsformaten fehlende Möglichkeit zur Beteiligung via Chatfunktion stieß häufiger auf Kritik. Ein anders gelagerter, wichtiger Kritikpunkt am Digitalen war eine unzureichende Unterstützung für Sehbehinderte.

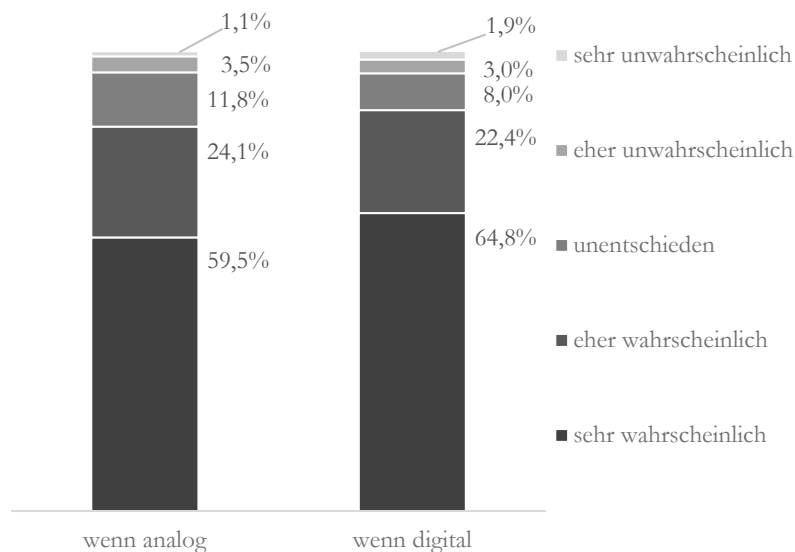
Auf die fachliche Qualität der Veranstaltungen scheint die Digitalisierung keinen negativen Einfluss gehabt zu haben. Im Gegenteil werden die be-

kannten Veranstaltungsformate in der aktuellen Umfrage sogar jeweils besser bewertet als bei der Befragung zum Kongress 2018. Je nach Format bescheinigen 75,5 bis 87 Prozent der Teilnehmenden eine hohe bis sehr hohe fachliche Qualität. Insbesondere die Sektionsveranstaltungen und Ad-hoc-Gruppen schneiden bei den Befragten gut ab.

Die Frage danach, ob die eigenen soziologischen Arbeits- bzw. Forschungsfelder auf dem Kongress angemessen vertreten waren, beantworten dieses Mal im Vergleich zum DGS-Kongress 2018 deutlich mehr Personen positiv. Während bei der Evaluation zum letzten Kongress 61,2 Prozent der Teilnehmenden angaben, *gut bis sehr gut* vertreten zu sein, sind es in der aktuellen Befragung 70,2 Prozent. *Wenig bis gar nicht vertreten* auf dem Kongress fühlen sich dagegen 7,1 Prozent (2018 waren es noch 14,2 Prozent).

Unabhängig davon, ob der nächste Soziologiekongress digital oder analog stattfinden wird, bekunden die allermeisten Umfrageteilnehmenden auf die Frage »Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie an einem der kommenden DGS-Kongresse teilnehmen werden?«, dass sie *wahrscheinlich bis sehr wahrscheinlich* erneut teilnehmen werden.

Abb. 3: Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme am nächsten DGS-Kongress



Bei einem digitalen Kongress sind es mit 87,2 Prozent in der direkten Gegenüberstellung sogar eindeutig mehr als bei einem analogen mit 83,5 Prozent. Beim Kongress 2018 waren es 87,5 Prozent, die eine erneute Teilnahme als *wahrscheinlich* bis *ganz sicher* einstuften.

Am Ende ist zu sagen: Gut, dass der Kongress – digital – durchgeführt wurde. Wir danken allen Teilnehmenden an der Befragung, deren Ergebnisse wir für zukünftige Kongresse werden nutzen können. Nun bleibt zu hoffen, dass wir zukünftige Kongresse wieder in Präsenz werden durchführen können und »Lust auf einen Kaffee?« keine Pause in der Zoom-Konferenz impliziert.

Jan Dirk Hoffmann, Birgit Blättel-Mink,
Hubert Knoblauch und Sonja Schnitzler

Auf ihrem 40. Kongress hat die DGS 2020 zwei Masterarbeiten und zwei Dissertationen im Fach Soziologie als herausragende Abschlussarbeiten ausgezeichnet. Wir möchten Ihnen diese Arbeiten in der SOZIOLOGIE vorstellen. In Heft 1 präsentierten Anika Steppacher und Robert Dorschel ihre Masterarbeiten. In diesem Heft stellen Daniel Drewnski und Alexandra Schauer ihre Dissertationen vor.

National and regional symbolic boundaries among EU elites

A qualitative interview study of the higher officials of the European Commission

Daniel Drewnski

The question and the study¹

The European Union (EU) and the process of European integration do not only consist in the creation of a common market, the transfer of political authority from the national to the European level and the emergence of a new legal order. The process of European integration has an important sociological dimension too, as societies previously »contained« by the nation state are increasingly growing together across national borders. In particular, European integration has led to the emergence of social fields and organizations beyond the nation state, in which individuals from across the EU regularly interact with each other and create new forms of a European sociality. These include, for example, European professional associations, multinational companies or the institutions of the EU (Fligstein 2008; Heidenreich 2019).

¹ This is a summary of the dissertation entitled »National and regional symbolic boundaries among European elites: A qualitative interview study of the higher officials of the European Commission«, submitted in 2019 at the Berlin Graduate School of Social Sciences (BGSS) of the Humboldt Universität Berlin. A revised version of the dissertation will be published by Routledge. I thank my supervisors Jürgen Gerhards and Steffen Mau for their continuous support and feedback, and the German Academic Exchange Service (DAAD) for funding the fieldwork for this study.

A key question of the sociology of European integration is what happens to the social identities and relationships of the people engaged in such fields and organizations. Do national forms of identification and affiliation lose importance for them? Could they develop a shared European sense of community? The literature suggests that cosmopolitan orientations and a European identification are most highly pronounced among those – most often highly qualified – Europeans that command over the necessary skills and resources to travel across national borders and engage in transnational interactions (Favell 2008; Fligstein 2008; Mau 2010; Kuhn 2015; Recchi et al. 2019). However, so far there has been a lack of research on how the diverse national and regional backgrounds of the people engaged in European fields and organizations actually shape how they perceive and relate to each other in their everyday interactions.

This is the starting point of my dissertation. I zoom in on the core supranational organization of the EU – the European Commission in Brussels. The Commission is the most »European« of the European institutions, as it is in charge of representing the »interests of the Union«. Its political leadership consists of 27 Commissioners nominated by the national governments, while its administrative apparatus is staffed with around 13.000 permanent officials from all member states of the EU – an autonomous European civil service. Based on semi-structured interviews with Commission officials from different countries, I ask to what extent nationality and regional background² are relevant factors for how they categorize and relate to each other in their everyday work. With this, I aim to provide new insights into the micro-level dynamics of European social integration.

To tackle this question, this study draws on the concept of »symbolic boundaries«. It has been developed to analyze very different phenomena of social categorization and differentiation – among others based on criteria such as nationality and ethnicity (Lamont, Molnár 2002; Wimmer 2008). Michèle Lamont defines symbolic boundaries as the »lines that include and define some people, groups, and things while excluding others« (Lamont et al. 2015: 850). By drawing symbolic boundaries, people assign themselves and others to social categories (e.g. social classes, ethnic groups, nationalities etc.) based on certain criteria of similarity and difference (e.g. culture, language, morals etc.). Symbolic boundaries are associated with perceptions of

² The terms »region« or »regional« are used to refer to European macro-regions, such as »Southern Europe«, or »Central Eastern Europe«, and not to sub-regions within a country, such as »Catalonia« or »Rhein-Ruhr«.

closeness and distance, likes and dislikes or feelings of superiority and inferiority. Symbolic boundaries can crystallize into »social boundaries« when they lead to the formation of social groups. This can entail social closure and the unequal distribution of resources and social positions between in-group and out-group members. This study focuses on the symbolic boundaries related to national and regional affiliation in the Commission.

The European Commission was chosen as a case study for the following two reasons. First, the Commission is a microcosm of European integration. It recruits its officials from all EU member states, in numbers roughly proportionate to their population size. These have to cooperate with each other in the name of the European interest. Second, the European Commission can be regarded as analogous to a »least likely« case for the relevance of symbolic boundaries related to national and regional background. Least-likely cases provide conservative estimates of a phenomenon: if it can be observed there, it is likely that the phenomenon can be observed under other, less restrictive circumstances too (Eckstein 2000). I argue that the European Commission is a least-likely case because it is a supranational organization that requires its officials to quit any national loyalties. Thus, the results of this study may contain lessons for other fields as well.

Methodologically, the study is based on 44 semi-structured interviews with higher Commission officials conducted in 2016 and 2017. The interview sample includes officials of different levels of seniority (policy officers to senior managers), from different Directorates-General (DGs), and from ten different EU member states: Germany, Greece, France, Hungary, Italy, Poland, Romania, Spain, Sweden and the UK. Of course, these are not all member states of the EU, but they cover a significant variety, such as large and small countries, old and new member states, Northern and Southern etc. The interview guideline taps how officials perceive and experience the diversity of national and regional backgrounds in the Commission. The interview material was analysed using qualitative content analysis (Kuckartz 2018). The analysis reconstructs the labels respondents use to categorize themselves and their colleagues and systematizes their respective contents. On the following pages, I briefly summarize the main results of the study.

Perception of national and regional symbolic boundaries

Since its inception, a core concern of the European Commission has been how to set up a functioning European civil service whose members are recruited from different countries.³ So what role do nationality and regional background play for symbolic boundaries among EU Commission officials? My study suggests that we must give a nuanced answer.

On the primary level, and in line with the expectations of the sociological literature on European integration, Commission officials de-emphasize nationality as a relevant criterion of symbolic boundaries. Why? First, Commission officials seem to have internalized cosmopolitan and professional norms that prescribe drawing boundaries and judging others in terms of their national affiliation – such as the Commission’s Staff Regulations, which require officials to act as European civil servants and not as representatives of their national governments. Second, regularly interacting with each other across national boundaries seems to lead to the deconstruction of mutual stereotypes, as predicted by the literature (e.g. Delhey 2004; Fligstein 2008). And third, most officials have enjoyed an international education and live and work together in what has been called the »Brussels bubble«. This leads to the development of a common habitus and lifestyle that often trump national differences. Taken together, these dynamics lead to a blurring of national and regional boundaries between Commission officials.

On a secondary level, however, many Commission officials continue to experience more subtle symbolic boundaries related to their different backgrounds. These concern patterns of interaction and communication in the Commission, their normative self-understanding as European civil servants and questions of status and equal chances in the organization. Thus, it seems that more subtle national and regional sensibilities remain. They are related to issues of 1) organizational culture, 2) working language, 3) professional ethos and 4) status and influence in the organization. With regard to these issues, respondents mobilize geographic distinctions such as between »Northern« and »Southern Europeans« or »old« and »new« member states to categorize and to make sense of them. These symbolic boundaries reveal the existence of a mental map that structures mutual perceptions among Commission officials. The corresponding distinctions will be described in turn.

3 Previous studies that have dealt with the issue of multinational staffing in the Commission include, but are not limited to Abélès, Bellier, McDonald (1993), Shore (2000), Ban (2013), Kassim et al. (2013) and Georgakakis (2017). For more details see Drewski (2021).

Symbolic boundaries of organizational culture

The first symbolic boundary that emerged from my interviews refers to issues of organizational culture. Much like in other large administrations, Commission officials must judge each other's work-related practices and expectations in order to be able to cooperate. For example, they assess how managers exert their authority and relate to their staff, how colleagues communicate orally or in writing, how co-workers relate to each other at the workplace etc. My interviews suggest that officials often perceive these issues to be related to their respective national and/or cultural backgrounds. They draw on categorical distinctions such as between »Southern« and »Northern« or »Western« and »Eastern Europe« to make sense of them.

The most important organizational cultural boundary that emerged from the interviews is related to the classic characteristics of bureaucratic organization as described by Max Weber: the separation of professional and private matters at work, a strict adherence to rules and procedures, an efficient organization of work routines and a hierarchical line of command (Weber 1978: 956 ff.). Respondents often refer to these principles to draw a symbolic boundary between Commission officials from »Northern« in contrast to those from »Southern Europe«. This North-South distinction seems to have emerged with the Southern Enlargement of the EU in the 1980s (see also Abélès, Bellier, McDonald 1993).

The second symbolic boundary is related to recent efforts to modernize the organizational culture of public administrations in line with managerialist principles. Much like other public administrations around the world, the Commission has implemented reforms in recent years that emphasize principles such as managerialism and output orientation, horizontal management instead of top-down leadership, and an increasing attention to gender and diversity issues (Kassim et al. 2013). In the interviews, the corresponding attitudes and behaviors are often associated with officials from the UK and Scandinavian countries, as opposed to »continental European« organizational cultures (exemplified by France and Germany).

Finally, the most recent Eastern Enlargement of the EU Commission has raised the question whether the officials from Central and Eastern Europe have introduced a new organizational culture. My interviews show that organizational cultural boundaries were perceived mainly with regards to senior officials from the first wave of new recruits (see also Ban 2013). Due to their experience under Socialist regimes, these are interpreted as having

more authoritarian attitudes. However, this boundary seems to be disappearing over time and with the recruitment of younger officials. Rather, the interviews suggest that officials from Central and Eastern Europe tend to align with the pre-existing North-South divide.

Symbolic boundaries of language

The second symbolic boundary emerged with regard to the question of language use in the Commission. The EU recognizes all 24 official languages of its member states as official languages of the EU. However, the European Commission only uses the most widely spoken languages English, French and German as internal working languages, for example in meetings or to draft internal documents. Even though most of my respondents are multilingual and speak several foreign languages, the interviews suggest that the language use in the Commission is a contentious subject. It elicits symbolic boundaries between those who support the sole use of English as *lingua franca*, and those who would like to see a balance between English and French.⁴ The use of language is contentious because it touches on issues such as cultural recognition and equality of opportunities of speakers of different languages.

On the one hand, the officials who support English as a working language in the Commission typically stress its »instrumental value« (Gerhards 2012). For them, a language is primarily a medium of communication. Its instrumental value is defined by its ability to enable efficient communication with many other people. For these respondents, English is the working language with the highest instrumental value, because it is simple, efficient and it has become the worldwide *lingua franca* in recent decades. They draw a symbolic boundary against those who continue to insist on the use of French, even though it is much less spoken. English was preferred by most of my respondents from Northern and Central and Eastern Europe, while the defense of French was often associated with French officials and speakers of other Romance languages such as Italian and Spanish.

On the other hand, Commission officials who support a balance between English and French as working languages typically point out the »symbolic value« of languages (Gerhards 2012). For them, languages are not only a medium of communication, but they can have a symbolic value as expres-

⁴ The Commission's third working language, German, is only of minor importance.

sions of a certain culture and identity. These respondents argue for a balanced use of English and French in order to respect the cultural diversity of the organization and to tap the different meanings and worldviews enshrined in different languages. They often identify the shift towards a monolingual English-speaking organization with the Northern and particularly the Eastern Enlargement, which brought in many officials who could not speak French. I found this position mostly among my French, Spanish, Italian and Greek respondents.

The experiences of Commission officials from Central and Eastern Europe stood out in the interviews. They often felt excluded by the use of French as a working language in the Commission, as they come from countries where French is not typically taught as a foreign language. Hence, they aligned with their Anglophone colleagues and strongly supported the use of English in the Commission.

The ethos of the European civil service

The third symbolic boundary that emerged from the interviews touches on the ethos of the European civil service. In his writings on bureaucracy, Max Weber characterized the civil service as a »vocation«: Civil servants do not only work for their income, but for the state and the common good of society (Weber 1978: 958 f.). The EU Commission differs from other kinds of civil services because it serves not a common national interest, but the »interests of the Union«. Commission officials are *European* civil servants (Georgakakis 2017). My interviews suggest that Commission officials draw symbolic boundaries based on having a vocation to »build Europe« and defending the European interest. These issues were primarily raised in the context of the EU Eastern Enlargement and the recruitment of Central and Eastern European Commission officials.

Some respondents emphasize that Commission officials must have a strong vocation to build Europe. This means working for the European Commission primarily because of a commitment to the project of European integration, and not merely for a high salary, job security or career advancement. It also means working in the name of the European interest and always adopting a European instead of a national perspective at work. The respondents subscribing to such a notion of the European civil servant often associate the Eastern Enlargement with a weakening of the Commission's *esprit*

de corps, as the Commission significantly expanded in terms of size and recruited officials from Central and Eastern Europe allegedly more motivated by material rewards than by the project of building Europe together.

In contrast, many Central and Eastern European respondents emphasized that they are more down to earth regarding the value commitments of Commission officials. They argue that the material rewards offered by a career in the Commission cannot be easily dismissed as a source of job motivation. Dismissing material rewards is rather the expression of a certain privilege that comes from growing up in a highly developed region with many career options. These respondents also criticize biased definitions of the European interest which do not take into account the special needs of less developed countries and regions of the EU. Respondents associate this perspective with growing up in Central and Eastern Europe and having experienced a lower level of socio-economic development compared to »Western Europe«.

Symbolic boundaries of status and influence

The final symbolic boundary relates to the Commission officials' status within the organization and their access to management positions. As in any bureaucratic organization, advancement ideal-typically depends on individual performance and seniority. However, the Commission is embedded in a multilevel system of governance and has to take the interests of the EU member states into account. This extends to the occupation of posts as well. While the Commission must respect an adequate »geographic balance« of staff across all hierarchical levels of the organization, member states also lobby on behalf of the placement of *their* nationals. As a consequence, officials may experience their status and chances in the Commission to be tied to their national and/or regional affiliation.

The interviews suggest that symbolic boundaries of status and influence in the Commission are related to two geographic categories. First, they are related to being from a »big« or a »small« member state of the EU. At the time of the interviews (before the Brexit), Germany, France and the UK were considered the most important EU member states, based on their population size and economic weight, followed at some distance by Italy and Spain. Poland, as the sixth most populous country in the EU, did not yet close up to this group. The other countries were categorized as »small« EU

member states. Respondents from small member states considered themselves to be disadvantaged in the occupation of influential posts.

Second, the issue of status and equal representation arose with the Eastern Enlargement of the EU and the distinction between »old« and »new« member states. With the Eastern Enlargement, many Central and Eastern Europeans were recruited, sometimes directly into higher management positions of the Commission. This initially created some resentment among the established staff, because their advancement was blocked for some time. A decade after the Enlargement, conflicts seem to have subsided. But my interviews show that Central and Eastern European Commission officials continue to see a disadvantage accessing top posts and to feel treated as »newcomers« to the organization.

Concluding remarks

Overall, my study shows that European Commission officials do not perceive the national and regional heterogeneity of the organization as an explicitly divisive factor. They understand themselves as *European* civil servants, not national representatives. Some were drawn to a job in the Commission precisely because of its multinational character. And yet, the interviews suggest that with regard to some questions – such as how to interact and communicate with each other or the values that inspire their work – symbolic boundaries are drawn and perceived that need to be negotiated. These emerge with regard to issues such as organizational culture, language use, professional values and status and influence within the organization. The dissertation describes the perceived distinctions in detail and how they are associated with national and regional categorizations in the Commission (Drewski 2021).

What can we learn from this study about the sociological dimension of European integration? It suggests that the participation in European social fields and organizations does not lead to a complete erosion of national forms of identification and categorization. National and regional references can remain relevant in a subtle way even in the most European organization of the EU. Indeed, Commission officials continue to draw on a shared mental map of Europe that contains beliefs about typical characteristics attributed to the inhabitants of a country or region. These beliefs seem to be the product of historical developments as well as political, economic and cultural

differences and inequalities between EU member states. My work suggests that these mental maps may continue to shape the way Europeans perceive themselves and each other and thereby influence the dynamics of European social integration.

References

- Abèlès, M., Bellier, I., McDonald, M. 1993: *An Anthropological Approach to the European Commission*. Report to the European Commission. Brussels: European Commission.
- Ban, C. 2013: *Management and Culture in an Enlarged European Commission: From Diversity to Unity?* Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Delhey, J. 2004: *European Social integration: From Convergence of Countries to Transnational Relations between Peoples*. WZB Discussion Paper SP I 2004–201.
- Drewski, D. 2021: *National and regional symbolic boundaries in the EU Commission: Towards an ever closer union?* London: Routledge (forthcoming).
- Eckstein, H. 2000: *Case Study and Theory in Political Science*. In R. Gromm, M. Hammersley, P. Foster (eds.), *Case Study Method: Key Issues, Key Texts*. London: Sage Publications, 119–165.
- Favell, A. 2008: *Eurostars and Eurocities: Free Movement and Mobility in an Integrating Europe*. Malden: Blackwell.
- Fligstein, N. 2008: *Euroclash: The EU, European Identity, and the Future of Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Georgakakis, D. 2017: *European Civil Service in (Times of) Crisis: A Political Sociology of the Changing Power of Eurocrats*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Gerhards, J. 2007: *Cultural Overstretch? Differences between Old and New Member States of the EU and Turkey*. London: Routledge.
- Gerhards, J. 2012: *From Babel to Brussels: European Integration and the Importance of Transnational Linguistic Capital*. *Berlin Studies on the Sociology of Europe (BSSE)* 28.
- Heidenreich, M. (ed.) 2019: *Horizontal Europeanisation: The Transnationalisation of Daily Life and Social Fields in Europe*. Abingdon: Routledge.
- Kassim, H., Peterson, J., Bauer, M., Connolly, S., Dehousse, R., Hooghe, L., Thompson, A. 2013: *The European Commission of the Twenty-First Century*. Oxford: Oxford University Press.
- Kuckartz, U., 2018: *Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Kuhn, T. 2015: *Experiencing European Integration: Transnational Lives and European Identity*. Oxford: Oxford University Press.
- Lamont, M., Molnár V., 2002: *The Study of Boundaries in the Social Sciences*. *Annual Review of Sociology*, 28. Jg., 167–195.

-
- Lamont, M., Pendegrass, S., Pachucki, M.C., 2015. Symbolic Boundaries. In J. Wright (eds.), *International Encyclopedia of Social and Behavioral Sciences*. Oxford: Elsevier, 850–855.
- Mau, S. 2010: *Social Transnationalism: Lifeworlds beyond the Nation-State*. London: Routledge.
- Recchi, E. et al. 2019: *Everyday Europe: Social Transnationalism in an unsettled Continent*. Bristol: Policy Press.
- Shore, C. 2000: *Building Europe: The Cultural Politics of European Integration*. London: Routledge.
- Weber, M. 1978: *Economy and Society*. Berkeley: University of California Press.
- Wimmer, A. 2008: The Making and Unmaking of Ethnic Boundaries: A Multilevel Process Theory. *American Journal of Sociology*, vol. 113, no. 4, 970–1022.

Gesellschaftlicher Veränderungswille oder ohnmächtige Angst?

Die Corona-Pandemie als Fanal eines spätmodernen Weltverlustes

Alexandra Schauer

Kein Ereignis hat das Jahr 2020 so geprägt wie die Ausbreitung des Coronavirus. Was als Infektionsgeschehen in Wuhan begann, weitete sich innerhalb weniger Monate zu einer globalen Pandemie aus. Tiefgreifende Einschnitte in den Alltag waren die Folge. Auf die Entwicklungen wurde zunächst mit Ohnmacht und Angst, sodann mit Ärger und Frustration reagiert. Nahezu immer wurde die Pandemie jedoch als eine Katastrophe im ursprünglichen Sinne erlebt: als eine Wende, durch die sich das Zusammenleben radikal verändern würde. Welche Zukunftsbilder dabei dominieren, legt eine Studie über den medialen Umgang mit dem Virus offen, die von einer »Verengung der Welt« spricht, in deren Zentrum »Bildwelten apokalyptischer Endzeiterzählungen« stehen (Gräf, Henning 2020: 13, 17). Solche düsteren Zukunftsvisionen ziehen sich bis in unsere Traumwelt hinein: Die Zunahme von Alpträumen und plötzlichem, schreckhaftem Erwachen stellt eine Begleitscheinung des Lockdowns dar (Pesonen et al. 2020).

Wenig verwunderlich erscheint es auf den ersten Blick, dass wir auf Erschütterungen unseres Alltages mit Angst und Schrecken, mit Gefühlen der Ohnmacht und Aussichtlosigkeit reagieren. Und doch handelt es sich bei Katastrophen – anders als es der in der Corona-Pandemie omnipräsente Begriff der Naturkatastrophe nahelegt – nicht ausschließlich um natürliche Ereignisse. Was als Katastrophe erscheint und wie wir darauf reagieren, stellt vielmehr das Resultat einer gesellschaftlichen Deutungsarbeit dar, die die emotionale und kognitive Tiefenstruktur eines Zeitalters offenlegt. Mein Vorschlag ist, die Verarbeitung der Pandemie als Indikator eines radikalen Wandels der Weltbeziehungen zu deuten, dessen Kern eine fortschreitende Entfremdung bildet. Die Welt wird immer weniger als ein Ort erlebt, der sich durch gemeinsames Handeln politisch gestalten lässt. *Mensch ohne Welt* – der Titel meiner Dissertation – bedeutet, dass in der spätmodernen Gegenwart an die Stelle eines gesellschaftlichen Veränderungswillens zunehmend das Gefühl einer ohnmächtigen Angst getreten ist.

An Tiefenschärfe gewinnt diese Diagnose, wenn man den Umgang mit der Corona-Pandemie mit der Verarbeitung einer Krise konfrontiert, die vielen als Urkatastrophe der modernen Welt gilt: dem Erdbeben von Lissabon, das sich am 9. November 1755 ereignete und als Katalysator eines mentalitätsgeschichtlichen Wandels gewirkt hat. Das Erdbeben, auf das noch am gleichen Tag eine Feuersbrunst und ein Tsunami gefolgt waren, wurde zunächst im Rahmen des vormodernen Krisenverarbeitungsmodus als göttliche Strafe für menschliches Fehlverhalten gedeutet. Im weiteren Verlauf setzte sich jedoch eine andere Erklärung durch, mit der sich das Beben einerseits in ein vom göttlichen Willen losgelöstes Naturereignis und andererseits in eine menschengemachte Katastrophe verwandelte, die sich fortan – so die Hoffnung – durch Kalkulation, Wissen und Voraussicht vermeiden lassen würde. »Es war nötig, daß Erdbeben bisweilen auf dem Erdboden geschähen«, schrieb als Zeitzeuge Immanuel Kant (1994: 131), »aber es war nicht notwendig, daß wir prächtige Wohnplätze darüber erbauten«.

Mit der Verwandlung der Welt in ein von Naturgesetzen bestimmtes und von Menschen manipulierbares Bauwerk bekam der Mensch nicht nur die Verantwortung für die Katastrophe übertragen. Zudem wurde jene Dialektik von Fortschrittsoptimismus und Zukunftsangst freigesetzt, die noch unsere Zeit bestimmt. Die modernen Gesellschaften des 18. und 19. Jahrhunderts haben sich in dieser Dialektik meist auf die Seite des Fortschritts gestellt. Seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts schlägt das Pendel zur Gegenseite aus. Unsere spätmoderne Gegenwart sieht weiterhin die Gefahr, aber das Rettende nicht mehr. Ulrich Beck hat für diesen Modus der Krisenverarbeitung bereits 1986 den Begriff der *Risikogesellschaft* geprägt. Die sich in diesem Jahr ereignende Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ließ den neuen Modus erstmals gesamtgesellschaftlich erfahrbar werden. Im Schatten der Atomwolke, die über Europa zog, verwandelte sich die menschengemachte Katastrophe in ein unkontrollierbares Naturereignis zurück, dessen Ausgang allein von Wind und Wetter abzuhängen schien.

Es ist dieser Wandel gesellschaftlicher Weltbeziehungen, den ich in meiner Dissertation aus einer historisch-soziologischen Perspektive untersuche. In drei Kreisbewegungen, die an den drei Dimensionen des Weltverhältnisses – Zeit, Mitwelt und Umwelt – ausgerichtet sind, stelle ich der modernen Entdeckung der Welt – in Sinne der Gestaltbarkeit von Gesellschaft – die spätmoderne Erschöpfung gestalterischer Phantasien gegenüber. Einer Skizze der Ergebnisse sei eine kurze Bemerkung zum Weltbegriff vorangestellt.

»Die Sorge um eine so oder anders beschaffene Welt«

Welt ist ein Wort, das aus der Alltagssprache bekannt ist. Zugleich haftet ihm etwas Schillerndes an. Wir reden von Welt, um unseren Globus zu bezeichnen. Ferner kennen wir Angelegenheiten von Welt, die sich auf Dinge beziehen, die uns alle angehen. Der Weltbegriff meiner Arbeit schließt an das zweite Verständnis an. Er ist der Politischen Theorie Hannah Arendts entnommen. Von Martin Heidegger kommend hat sich Arendt zunächst für die Welt als universalen Erscheinungsraum interessiert, der die dingliche Umwelt einschließt, sie aber auf das »Bezugsgewebe der menschlichen Angelegenheiten und der in ihr dargestellten Geschichten« (Arendt 2008: 222) transzendiert. Welt in diesem Sinne erscheint als etwas Unverlierbares bzw. der Verlust von Welt würde das Ende menschlicher Existenz bedeuten. Diesem phänomenologischen Verständnis hat Arendt ferner ein politisches gegenübergestellt. In dessen Zentrum steht die »Sorge um eine so oder anders beschaffene Welt, ohne welche [den]jenigen, die sich sorgen, das Leben nicht wert dünkt, gelebt zu werden« (Arendt 2007: 24). Als politisches Phänomen meint Welt einen Ort gemeinsamen Sprechens und Handelns, der sich durch Historizität, Pluralität und Gestaltbarkeit auszeichnet. Welt in diesem Sinne hat nicht nur eine Geschichte, sie ist zugleich durch Vergänglichkeit bestimmt: Als Ort wechselseitigen Austauschs und gemeinsamer Gesellschaftsgestaltung besteht sie nur solange, wie sie im Handeln und Sprechen aktualisiert wird. Arendt, die »melancholische Denkerin der Moderne« (Benhabib: 2006), lässt das Ende der politischen Welt mit der Aufhebung der Trennung zwischen Politik und Ökonomie zusammenfallen. Während sie die mit Fragen des guten Lebens beschäftigte Politik als Reich der Freiheit ansieht, gilt ihr die für die Sicherung des Überlebens zuständige Ökonomie als Reich der Notwendigkeit. Weil mit der sozialen Frage in der Moderne solche Belange der elementaren Lebenssicherung ins Zentrum der Politik getreten sind, erscheint Arendt diese Entwicklung als Weltentfremdung. Dagegen haben Sheyla Benhabib (2006: 150 ff.) und Rahel Jaeggi (1997: 40 ff.) vorgeschlagen, die Sphärentrennung zwischen Brot und Politik nicht zu verabsolutieren, sondern als eine Art und Weise der Thematisierung zu verstehen, die dort politisch ist, wo sie die Gestaltbarkeit von Verhältnissen offenlegt.

Inwiefern sich die Geschichte moderner Gesellschaften mit einem solchen, auf Gestaltbarkeit zielenden Weltverständnis in Verbindung bringen lässt, wird nun anhand des Wandels der Zeitvorstellungen, der Öffentlichkeit und des Stadtraums gezeigt.

Vom Fortschritt zum Risiko

Die Art und Weise, in der wir Zeit erleben, ist eng mit den Formen gesellschaftlicher Praxis verknüpft. Darauf weist bereits der Begriff selbst hin, der von dem Wort Gezeiten abstammt. In der Vormoderne haben sich soziale Praktiken vor allem am Gang der Natur orientiert. Die wiederkehrenden Rhythmen von Tag und Nacht, Ebbe und Flut, Sommer und Winter strukturierten in Agrargesellschaften den Tages- und Jahresverlauf. Das ihnen angemessene Zeitmessgerät stellt die Sonnenuhr dar, die noch keine mathematische Genauigkeit kannte. Als Resultat entstand ein Zeitempfinden, das wesentlich zyklisch orientiert war. Zeit erschien als statisch oder wiederkehrend, nicht jedoch als ein Medium der Veränderung (Zoll 1988). Dieses Zeitempfinden hat auch die Wahrnehmung historischer Zeit geprägt. Aufgrund der Regelmäßigkeit der Abläufe und der Langsamkeit sozialen Wandels erschien die Gegenwart wesentlich als Wiederkehr des Vergangenen, während die Zukunft als eigenständiger Zeithorizont noch gar nicht zur Verfügung stand (Hölscher 2016). Was von der bevorstehenden Zeit zu erwarten war, war im christlichen Abendland zudem durch die Religion abgesteckt. Die eschatologische Annahme eines Weltenendes am Tag des Jüngsten Gericht blieb bis ins 16. Jahrhundert eine Naherwartung (Koselleck 2006a: 20).

Diese doppelte, natürliche wie religiöse Beschränkung des Erwartungshorizonts wurde erst im Übergang zur Moderne aufgebrochen: In dem Maße, in dem sich gesellschaftliche Prozesse beschleunigten, verallgemeinerte sich die Erfahrung, dass die Zukunft anders sein würde als die Vergangenheit (Koselleck 2006b). Eine treibende Kraft dieser Veränderung war die Neuordnung der gesellschaftlichen Reproduktion. Die Anfänge dieser Transformation lassen sich bis in die Städte des Hochmittelalters zurückverfolgen, in denen der Markt begann, zum Mittelpunkt des ökonomischen Lebens zu werden (Weber 2000). Technischer Niederschlag dieser Entwicklung war die mechanische Uhr, mit deren Ticken ein der Natur unbekannter Rhythmus in das gesellschaftliche Leben eindrang. Die mechanische Uhr wurde vermutlich in einem Kloster erfunden, gesellschaftliche Bedeutung hat sie als schlagende Stundenuhr in den Städten erlangt (Dohrn-van Rossum 1995). Ihre Ausbreitung seit dem 14. Jahrhundert weist einerseits auf einen erhöhten Koordinationsbedarf hin. Andererseits kündigt sich in ihr ein neuer Zeitumgang an, der mit dem Aufstieg der Marktvergesellschaftung verbunden ist: Angeleitet wird er von dem kategorischen Imperativ, dass Zeit Geld ist und deswegen nicht verschwendet werden darf (Weber 2004).

Durch den kalkulierenden Umgang verwandelte sich Zeit in etwas, das sich planen und gestalten, einteilen und ausnutzen ließ. Die enge Verknüpfung von Ökonomie und Zeitordnung zeigt sich auch daran, dass jede neue Stufe kapitalistischer Vergesellschaftung mit der Erfindung eines neuen Zeitinstrumentes einherging: Zum neuzeitlichen Handelskapitalismus gehört die Taschenuhr. Die industrielle Revolution bringt die Stechuhr hervor und sie führt, um die immer komplexer werdenden gesellschaftlichen Austauschbeziehungen zu koordinieren, die Weltzeit ein. Zur fordistischen Massenproduktion des 20. Jahrhunderts gehört die Armbanduhr, während mit der Ausbreitung der flexiblen Akkumulation seit den 1970er Jahren die Quarzuhr und die Digitaluhr Einzug halten.

Mit Blick auf die historische Zeit führt die von der Zeit-Geld-Äquivalenz angetriebene Temposteigerung des Lebens zur Entdeckung der Zukunft als einem Horizont unbegrenzter Möglichkeiten. Das Auseinandertreten von Erfahrung und Erwartung lässt an die Stelle des Glaubens an die Wiederkehr alles Geschehenen die Irreversibilität der Ereignisse treten. Die Zukunft öffnet sich als eigenständiger Zeitraum, der durch menschliches Handeln beeinflussbar ist (Koselleck 2006b). In individueller Hinsicht steht hierfür die Entwicklungsbiographie, die von der Leistung des Einzelnen abhängen soll. In kollektiver Hinsicht breitet sich die Vorstellung aus, dass sich Geschichte gestalten lässt. Dieses neue Geschichtsverständnis zeigt sich auch in der Ausdeutung des Erdbebens von Lissabon: Durch kluge Voraussicht und strategische Planung sollen zukünftige Katastrophen verhindert werden.

Ist der Übergang von der Vormoderne in die Moderne durch die Ablösung einer zyklischen durch eine lineare Zeitvorstellung geprägt, so setzt in der Spätmoderne eine Flexibilisierung der Zeit ein. Auch dieser Wandel lässt sich mit einer Transformation der ökonomischen Ordnung in Verbindung bringen, wengleich auch andere Ereignisse, wie die digitale Revolution oder der Bedeutungsgewinn von Dienstleistungen, einen Einfluss entfalten. Im Zuge einer Entwicklung, die oftmals mit dem schillernden Begriff des Neoliberalismus beschrieben wird, hat sich ein globalisierter (Finanz-)Markt entwickelt, auf dem Austauschbeziehungen in Echtzeit ablaufen, während in der Produktion auf Just-in-Time-Herstellung oder Build-To-Order-Konzepte gesetzt wird. Ziel dieser flexiblen Anpassung an das Marktgeschehen ist die Vermeidung von Überproduktion und hohen Lagerkosten. Ihr Resultat stellt jedoch ein tiefgreifender Wandel des Alltages dar, dessen arbeitsorganisatorischer Ausdruck das Schwinden des Normalarbeitsverhältnisses sowie der Bedeutungsgewinn flexibler Arbeitszeiten und atypischer Beschäf-

tigungsformen ist. Hatte sich im organisierten Kapitalismus ein Zeitverwendungsmuster durchgesetzt, das der Logik des Fahrplans folgte, so wird über Zeit nun von Augenblick zu Augenblick entschieden (Rosa 2008: 362 ff.). Geschäfte schließen nicht mehr um 18 Uhr, sondern haben bis tief in die Nacht geöffnet. Streaming-Dienste lösen die starre Logik des Fernsehprogramms ab, während Smartphones es ermöglichen, jede alltägliche Verabredung flexibel zu handhaben.

Mit Blick auf die historische Zeit führt die Flexibilisierung zu einer Desorientierung des historischen Sinns. Diese Entwicklung wurde sowohl als Gegenwartsschrumpfung (Lübbe 1994) als auch als Verbreiterung der Gegenwart (Nowotny 1989: 47) beschrieben. Beide Diagnosen gehen davon aus, dass es schwieriger wird, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in ein tragfähiges Verhältnis zu bringen. Weil immer mehr gleichzeitig geschieht, während sich die Folgen des Handelns kaum noch abschätzen lassen, scheint Zeit nicht mehr nach vorn, sondern in die Breite zu gehen. In der Folge verändert sich auch das Verhältnis zu den anderen beiden Zeithorizonten: Die Zukunft wird zunehmend als Risiko erlebt, während Vorstellungen eines besseren Lebens in einer nostalgisch verklärten Vergangenheit gesucht werden. Es ist diese Verdunkelung des Zukunftshorizonts, der zwar als offen, aber unbeherrschbar erscheint, die sich auch in der Corona-Krise zeigt. Sie wirkt sich zugleich auf die politische Vergesellschaftung aus: Ging die moderne Entdeckung der Gestaltbarkeit mit der Entstehung einer Öffentlichkeit einher, so begünstigt die spätmoderne Verdunkelung des Zukunftshorizonts eine Atmosphäre der politischen Alternativlosigkeit.

Technokratischer Staat und postpolitische Öffentlichkeit

Die Welt ist so, wie sie ist, sie lässt sich nicht ändern, war das kategorische Urteil der Vormoderne. Wie sich bereits an der Katastrophenausdeutung als göttlicher Strafe zeigte, erschien alles, was sich ereignete, als Schicksal oder göttliche Fügung. Erst im Zuge der modernen Entdeckung der Gestaltbarkeit von Geschichte konnte die Veränderung der Welt zu einem politischen Projekt werden. Sprachlichen Ausdruck hat diese Entwicklung in der Einführung von Bewegungsbegriffen gefunden (Koselleck 2006b: 369 ff.). Institutionell war sie von der Entstehung einer Öffentlichkeit begleitet, die sich nicht nur als Raum gemeinsamen Austauschs und wechselseitiger Aufklärung verstand, sondern überdies beanspruchte, auch über die politische Ge-

staltung der Welt zu entscheiden (Habermas 2006). Als Initialereignisse, die dem neuen Selbstverständnis zur Durchsetzung verhelfen, lassen sich die Amerikanische und die Französische Revolution ansehen. Sie haben gezeigt, »daß es das absolut Neue auch im Politischen geben« kann (Arendt 2011: 57).

Bereiteten die politischen Revolutionen der Öffentlichkeit den Weg, so ist deren weitere Geschichte durch Kämpfe um die Beschränkung oder Erweiterung des Zugangs zu ihr bestimmt. Der Ausgang dieser Kämpfe lässt sich an der Entwicklung der Bürgerrechte ablesen. Sie folgte – allen Brüchen und gegenläufigen Tendenzen zum Trotz – der Logik einer doppelten Ausweitung: Einerseits wurde das zunächst auf den männlichen Bourgeois beschränkte Bürgerrecht immer neuen Gruppen verliehen. Andererseits wurden zum bestehenden Status immer neue Rechte hinzugefügt. Länderspezifische Abweichungen vernachlässigend, kann diese Entwicklung jeweils grob einem Jahrhundert zugeordnet werden: Auf die Gewährung bürgerlicher Freiheitsrechte im 18., folgte die Einführung politischer Rechte im 19. und die Anerkennung sozialer Rechte im 20. Jahrhundert (Marshall 1992). Als ein Prozess der Weltaneignung lässt sich das insofern verstehen, als durch die Kämpfe einerseits immer neue Aufgaben in den Bereich der Politik gehoben worden sind, wofür exemplarisch die Kollektivierung sozialer Risiken im Wohlfahrtsstaat steht. Andererseits haben die Kämpfe selbst dort, wo sie nicht erfolgreich waren, dem Anspruch auf Verständigung über die politische Gestaltung der Welt Sichtbarkeit und Nachdruck verliehen.

Hatte in der Moderne ein Prozess der Politisierung des Sozialen begonnen, so setzt in der Spätmoderne die gegenläufige Entwicklung einer Privatisierung sozialer Probleme ein. Die wohlfahrtsstaatliche Logik der Aktivierung bedeutet den »tendenziellen Übergang von der öffentlichen zur privaten Sicherheit, vom kollektiven zum individuellen Risikomanagement« (Lesenich 2008: 82). In der Folge wird die »Sorge um eine so oder anders beschaffene Welt« (Arendt 2007: 24) durch die Sorge um sich selbst und niemand anderen abgelöst. Wie weit die Individualisierung von Verantwortung vorangeschritten ist, zeigt sich daran, dass selbst offensichtliche Strukturprobleme der Gesellschaft, wie etwa Massenarbeitslosigkeit, nicht als solche wahrgenommen werden, sondern als Ausdruck individuellen Versagens, als Resultat falscher Entscheidungen. Folglich muss sich nicht die Welt, sondern das Selbst ändern.

Begleitet ist die Privatisierung sozialer Probleme von einer Aushöhlung der Welt als Verständigungs- und Gestaltungsraum. Deren zwei Seiten sind die Entstehung eines technokratischen Staates und die Formierung einer

postdemokratischen Öffentlichkeit. Im technokratischen Staat werden Entscheidungen von Experten unter Ausschluss der Öffentlichkeit getroffen. Zudem werden sie *als* Entscheidungen durch eine Rhetorik der Alternativlosigkeit unsichtbar gemacht (Séville 2017). Die postdemokratische Öffentlichkeit zeichnet sich durch ein Desinteresse am politischen Geschehen aus, das sie nur hin und wieder durch Applaus oder Buhrufe stört, ohne es mitzugestalten (Crouch 2008). Wie weit der Zerfall vorangeschritten ist, zeigt sich in der Corona-Pandemie, in der die Verwaltung der Krise durch direkte Maßnahmen zu hohen Zustimmungswerten in der postdemokratischen Öffentlichkeit führt. Zugleich ist aus den vereinzelt Buhrufen ein immer lauter vernehmbares Grollen geworden. Der weltweite Aufstieg populistischer Bewegungen wird häufig als Rückkehr des Politischen innerhalb einer technokratischen Welt gedeutet. Man kann die Berufung auf Faktizität und die Verkündung alternativer Fakten aber auch als zwei Seiten einer Entwicklung verstehen: Die technokratische Regierung erzeugt eine Kultur der Evidenz, die verleugnet, dass Fakten von Menschen gemacht sind und insofern von der Frageperspektive, den Messinstrumenten und den Gütekriterien abhängen. Die Produktion »alternativer Fakten« stellt die falsche Antwort einer zerfallenden Öffentlichkeit auf die ihr präsentierte Alternativlosigkeit dar. Der anfechtbaren Wahrheit setzt sie die offensichtliche Lüge entgegen. An eine wirkliche Alternative können beide nicht glauben. Studien zeigen, dass gerade im Umfeld der AfD apokalyptische Zukunftsbilder überproportional vertreten sind (Petersen 2016). Unter der Vorherrschaft der Logik des Resentiments ist in den populistischen Bewegungen an die Stelle einer aktiven Gestaltung der Welt der reaktive Kampf um die eigene Selbsterhaltung getreten. Der Ort, an dem diese Kämpfe ausgetragen werden, ist die sozial polarisierte und räumlich fragmentierte Stadt.

Die städtische Wagenburgmentalität

Städte sind die Zentren des modernen Lebens. In ihnen ist nicht nur die moderne Zeitordnung entstanden, sie waren zudem der Schauplatz von Kämpfen um die Ausweitung der Öffentlichkeit. Als Symbol der neuen Zeitordnung fungierten die öffentlichen Uhren, die an keinem Warenhaus, keiner U-Bahn-Station und keiner Straßenecke fehlen durften. Eine Herausforderung der neuen Öffentlichkeit stellte der Rollenkonflikt zwischen Bourgeois und Citoyen, zwischen Unternehmer und Staatsbürger dar. Als

städtebaulicher Niederschlag dieses Konfliktes lässt sich die Ordnung des Boulevards ansehen. Ausgehend von Paris und angetrieben vom intensivierten Warenverkehr, drang er im 19. Jahrhundert in die Städte ein. Zu den Eigenarten des Boulevards gehört, dass dieser erstmals systematisch zwischen Gehweg und Straßenverkehr trennt. Diese Trennung sollte beiden Seiten zu ihrem Recht verhelfen. In Wirklichkeit gewann mit ihr die Ökonomie systematischen Vorrang vor der Politik. Auf der Fahrbahn zeigte sich das an der Priorität des Warenverkehrs. Auf dem Gehweg genoss der Konsument Vorrang vor dem Citoyen. Dennoch war der Boulevard, der die Stadt erstmals für alle ihre Bewohner öffnete, auch ein Begegnungsraum. Auf ihm traf der Flaneur die Masse und dort sah sich der Konsument den Augen der Armen ausgesetzt. Selbst der Citoyen forderte auf dem Boulevard sein Recht ein. Auf ihm fanden die ersten Massendemonstrationen statt und dort wurde für und gegen die soziale Revolution gekämpft. Diese Kämpfe trieben die moderne Erweiterung der Öffentlichkeit voran.

Hatte der Boulevard zur Homogenisierung wie zur Öffnung der Stadt beigetragen, so findet in der Spätmoderne eine Privatisierung und Schließung des städtischen Raums statt. Den Stadttypus der Spätmoderne stellt die *fragmented metropolis* dar. Es handelt sich bei ihr um eine verstädterte Landschaft, die in verschiedene Knotenpunkte mit eigenen Zentren zerfällt. Idealtypisch verkörpert wird der neue Stadttypus durch Los Angeles (Fogelson 1976), aber auch viele der europäischen Kernstädte verwandeln sich im Zuge ihrer Vergrößerung in diese Richtung (Sieverts 1997). Mit der sozialräumlichen Fragmentierung korreliert eine soziale Polarisierung. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts stand – wie die Stadtsoziologie der Chicago School zeigt – das räumliche Nebeneinander von Armut und Reichtum für die Möglichkeit fortschreitender Integration. Dem sozialen Aufstieg entsprach eine Reise durch die Stadt, die von den Elendsvierteln über die Arbeiterwohnung bis zum Vorstadtheim führte. In der Gegenwart sind die Elendsviertel in der Regel nicht Ausgangspunkt, sondern Endpunkt der Reise (Wacquant 2018). An die Stelle der Hoffnung auf eine bessere Zukunft ist ein sich verhärtender Kampf aller gegen alle getreten. Der Anstieg von Armut und Obdachlosigkeit legt hiervon Zeugnis ab. In der Folge kehrt jene Mauer, die einstmals das Leben in der Stadt an den Grenzen bestimmt hatte, in ihrem Inneren in Gestalt von Zäunen, Türcodes und Schranken zurück.

Die Entstehung einer Architektur des ausschließenden Einschlusses und des einschließenden Ausschlusses ist als sozialräumlicher Ausdruck der Privatisierung sozialer Probleme anzusehen. Am deutlichsten tritt diese in den

amerikanischen Städten hervor. Ihre drei Pole sind dort die Gated Community, das Ghetto und das Gefängnis. Sie breitet sich aber auch in den europäischen Metropolen aus. Eine innerstädtische Verlängerung der geschlossenen Gemeinschaften bilden die halböffentlichen Räume der Restaurantfreisitze und Erlebnisparks, der Shopping Malls und Einkaufsbahnhöfe. Zutritt zu dieser Halböffentlichkeit erhält nicht mehr der Bürger, sondern der kaufkräftige Konsument. In Pandemiezeiten hat die Logik des ausschließenden Einschlusses und des einschließenden Ausschlusses insofern weiter an Bedeutung gewonnen, als vom öffentlichen Raum, in dem sich die Viren geräusch- und gestaltlos fortbewegen, eine unsichtbare Gefahr ausgeht. Wer kann, der bleibt zu Hause, lässt sich seinen Einkauf liefern und schließt sich im Home-Office ein. Weil dies nicht allen möglich ist, treibt auch der Virus die soziale Polarisierung voran.

Die Architektur des einschließenden Ausschlusses und des ausschließenden Einschlusses lässt sich als versteinertes Ausdruck des Bedeutungsverlustes der Welt als Verständigungs- und Gestaltungsraum ansehen. Als festungsartige Anlagen im Inneren der Stadt sind die Gated Communities die Wohnstätten des weltlosen Menschen, für den der öffentliche Raum von einem Möglichkeitshorizont zu einem Gefahrengebiet geworden ist. Damit schließt sich der Kreis: War die Öffnung des Zukunftshorizonts mit einer Öffnung der Stadt einhergegangen, so artikuliert sich in der Rückkehr zur geschlossenen Gemeinschaft die Verdunkelung des Zukunftshorizonts.

Literatur

- Arendt, H. 2007: Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass. Hrsg. von U. Ludz. München: Piper.
- Arendt, H. 2008 [1960]: Vita Activa oder Vom tätigen Leben. München: Piper.
- Arendt, H. 2011 [1965]: Über die Revolution. München: Piper.
- Benhabib, S. 2006 [1998]: Hannah Arendt. Die melancholische Denkerin der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Crouch, C. 2008: Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dohrn-van Rossum, G. 1995 [1992]: Die Geschichte der Stunde. Uhren und moderne Zeitordnungen. München: dtv.
- Fogelson, R.M. 1967: The Fragmented Metropolis: Los Angeles 1850–1930. Cambridge: Harvard University Press.

- Gräf, D., Henning, M. 2020: Die Verengung der Welt. Zur medialen Konstruktion Deutschlands unter Covid-19 anhand der Formate ARD Extra – Die Coronalage und ZDF Spezial. Magazin des DFG-Graduiertenkolleg Privatheit und Digitalisierung 14, 13–20.
- Habermas, J. 2006 [1962]: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hölscher, L. 2016 [1999]: Die Entdeckung der Zukunft. Göttingen: Wallstein.
- Jaeggi, R. 1997: Mensch und Person. Zum anthropologischen Hintergrund der Gesellschaftskritik Hannah Arendts. Berlin: Lukas Verlag.
- Kant, I. 1994 [1756]: Geschichte und Naturbeschreibung der merkwürdigen Vorfälle des Erdbebens, welches Ende des 1755sten Jahres einen großen Teil der Erde erschüttert hat. In W. Breidert (Hg.), Die Ersütterung der vollkommenen Welt. Die Wirkung des Erdbebens von Lissabon im Spiegel europäischer Zeitgenossen. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 108–136.
- Koselleck, R. 2006a [1968]: Vergangene Zukunft der frühen Neuzeit. In R. Koselleck, Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 17–37.
- Koselleck, R. 2006b [1976]: »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont«. Zwei historische Kategorien. In R. Koselleck, Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 349–375.
- Lessenich, S. 2008: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: Transcript.
- Lübbe, H. 1994: Gegenwartschrumpfung. In K. Backhaus, H. Bonus (Hg.), Die Beschleunigungsfalle oder der Triumph der Schildkröte. Stuttgart: Schäffer-Poeschel, 129–164.
- Marshall, T.H. 1992 [1950]: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaats. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Nowotny, H. 1989: Eigenzeit. Entstehung und Strukturierung eines Zeitgefühls. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Pesonen, A.-K., Lipsanen, J., Halonen, R., Elovainio, M., Sandman, N., Mäkelä, J.-M., Antila, M., Béchar, D., Ollila, H.M., Kuula, L. 2020: Pandemic Dreams: Network Analysis of Dream Content During the COVID-19 Lockdown. *Frontiers in Psychology*, vol. 11. doi.org/10.3389/fpsyg.2020.573961.
- Petersen, T. 2016: Die Welt der Wutbürger. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 114 vom 18. Mai 2016.
- Rosa, H. 2008: Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Séville, A. 2017: »There is no alternative«. Politik zwischen Demokratie und Sachzwang. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Sieverts, T. 1997: Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. Braunschweig: Vieweg.
- Wacquant, L. 2018: Die Verdammten der Stadt. Eine vergleichende Soziologie fortgeschrittener Marginalität. Wiesbaden: Springer.

-
- Weber, M. 2000 [1921/1922]: *Wirtschaft und Gesellschaft. Die Stadt*, Studienausgabe Band I/22-5, Tübingen: Mohr
- Weber, M. 2004 [1904/1905]: *Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*. München: Beck.
- Zoll, R. 1988: *Zeiterfahrung und Gesellschaftsform*. In R. Zoll (Hg.), *Zerstörung und Wiederaneignung der Zeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 72–88.

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Neue Mitglieder

Jannis Albus, M.A., Siegen
Prof. Dr. Uwe Becker, Aachen
PD Dr. Matthias Bernt, Erkner
Manuel Dieterich, M.A., Tübingen
Magdalena Gerum, M.A., München
Dr. phil. Roman Gibel, Luzern
Sandra Jaworeck, M.A., Chemnitz
Marcel Knöchelmann, M.A., Berlin
Dr. Andreas Kögel, Bayreuth
Dr. Nils Christian Kumkar, Bremen
Mascha Liening, B.A., Essen
Frank Meyhöfer, M.A., Bielefeld
Dr. Michael Neuber, Berlin
Monty Ott, M.A., Berlin
Janette Otterstein, M.A., Jena
Philipp Rueckheim, M.A., Bonn Bonn
Dr. phil. Anja Schierbaum, Köln
Dr. Andrea Silva-Tapia, Gießen
Dr. Frank A. Stengel, Kiel
Dr. phil. Nurdin Thielemann, Magdeburg
Robert Tiede, M.A., Göttingen
Oday Uraiqat, M.A., Bielefeld
Christina Vedar, M.A., Aachen
Dr. Leon Wansleben, Köln
Bernd Wurpts, PhD, Luzern

Neue studentische Mitglieder

Jonas Frost, Leipzig
Nicolas Dominic Hauck, Berlin
Tobias Timo Isaak, Detmold
Anna Klatt, Frankfurt am Main
Vincent Kretschmer, Wien
Patrick Mathä, B.A., Wien
Davood Nayebzada, Hamburg
Thao-Janina Schönstedt, Heidelberg
Jennifer Zielonka, Kiel

Austritte

Kathrin Behrens, M.A., Düsseldorf
Dr. habil. Tanja Bogusz, Kassel
Dr.-Ing. René Burghardt, Braunschweig
Dr. Tina Denninger, Berlin
Rahel Estermann, M.A., Luzern
Max Ferber, B.A., Bielefeld
Sebastian Fritsch, Erfurt
Şeyma Gök, Hanau
Torsten Hans, Eilsleben
Prof. Dr. Anke Hassel, Berlin
Dr. Daniela Heitzmann, Bochum
Emanuel Herold, Bremen
Kerstin Jürgehake, B.A., Lippstadt
Prof. Dr. Angela Keppler, Heidelberg
Sonja Kiebler, M.A., München
Max Kloppe, Höchstadt a. d. Aisch
Dipl.-Soz. Birgit Knoblach, München
Dr. Daniel Kofahl, Witzenhausen
Simone Ines Lackerbauer, M.A., München
Ute Lange, Osnabrück
Dr. Carmen Ludwig, Gießen
Dipl.-Soz. Johanna Sophie Matzat, Hamburg
Prof. Dr. Georg Ruhrmann, Jena
Nicole Schippers, M.A., Kassel

Ursula Schmidt, Niederwerrn
Caroline Snijders, B.A., Hamburg
PD Dr. Horst Stenger, Kleinmachnow
Lisanne Visser, Göttingen
Sarah Weingartz, MSc., Duisburg
Dr. Raymund Werle, Köln
Prof. Dr. Angela Wernberger, Münster
Dr. Mundo Yang, Siegen
Prof. Dr. Dariusz Zifonun, Berlin
Dr. Doreen Zillmann, Bamberg

Verstorben

Prof. Dr. Hans-Uwe Otto, Bielefeld
Prof. Dr. Bernhard Giesen, Konstanz